

Flüchtlinge dauerhaft aufnehmen – Wachsendes Bremen sozial gerecht gestalten!

In diesem Jahr werden voraussichtlich 10.000 Menschen auf der Suche nach Schutz und menschenwürdigen Lebensbedingungen ins Land Bremen kommen. Ihre Unterbringung und Aufnahme ist unsere humanitäre Verpflichtung. Angesichts der in ganz Deutschland im letzten Jahrzehnt stark zurückgefahrenen öffentlichen Strukturen ist die Zahl und die kurze Zeitspanne, in der Menschen bei uns ankommen, eine große Herausforderung. Dieser Herausforderung nehmen wir uns in Bremen mit Engagement und entschlossen auf allen Ebenen an.

Derzeit sind die Herausforderungen sogar so, dass wir unsere eigenen Ansprüche an Unterbringungsstandards im Land Bremen nicht mehr überall erfüllen können. Um dem Schutzbedarf der Flüchtlinge gerecht zu werden, mussten wir anerkennen, dass Notunterkünfte und Behelfslösungen nötig sind und Menschen in Zelten und (Sport-) Hallen ein erstes Obdach finden. Nicht immer ist die Notwendigkeit dieser Lösungen gut vermittelt worden.

Die derzeitige Situation erfordert von geflüchteten Menschen die Duldsamkeit, zunächst in Notunterkünften zu sein und von uns als aufnehmende Bremer Gesellschaft ein hohes Maß an Solidarität, auch unter den Stadtteilen. Wenn Schulklassen zusammenrücken, damit die Vorkurse und neue Schülerinnen und Schüler Platz finden, wenn Sportvereine erleben, dass kein anderer Raum als die Sporthalle als Unterkunft zu finden ist und Einschränkungen für den Sport unvermeidbar sind, dann wird die Solidarität konkret, unmittelbar und unverzichtbar.

Nur dank dieser Solidarität, dem beeindruckenden Engagement einer immer größeren Zahl an Bremerinnen und Bremern, die ehrenamtlich helfen, dem Einsatz der Hauptamtlichen der Flüchtlingsarbeit, ob in Behörden oder bei Trägern und dem Zutun und Werben vieler in den Beiräten konnten die bisherigen Leistungen geschafft werden. Wir sind stolz auf unsere Stadt, und wir wissen: Wir werden diese Solidarität und das Miteinander auf Augenhöhe mit den Flüchtlingen auch in Zukunft brauchen. Denn nicht übersehen dürfen wir, dass die Sorge vor zu großen Einschränkungen wächst. Rechtspopulisten und Faschisten von AfD bis NPD setzen an diesen Sorgen mit ihrer menschenverachtenden Propaganda an. Dem müssen wir entschieden entgegen treten. Und wir müssen deutlich machen, dass die steigende Zahl von zu uns kommenden Menschen nicht zu Lasten der Versorgung der bei uns schon Ansässigen geht. Deshalb ist es richtig, wenn erhebliche zusätzliche Mittel mobilisiert wurden und werden, um schnelle Hilfen, mehr Personal und zusätzliche Infrastrukturen aufzubauen und bereitzustellen.

Wir müssen rechtzeitig an die mittel- und langfristige Perspektive denken: Viele der Ankommenden von heute sind Bürgerinnen und Bürger Bremens von morgen! Das ist auch eine große Chance für unsere Stadt. Bremen wird spürbar wachsen. Ausgehend

von den heutigen Zuwanderungszahlen – neben Flüchtlingen auch die Zuwanderung aus EU-Staaten – wird die Stadt bis 2020 noch einmal mindestens 30.000 Bremerinnen und Bremer mehr umfassen. Dabei wissen wir, dass viele der zu uns Geflüchteten den gefährlichen Weg allein auf sich genommen haben, um ihre Familien nachzuholen, um auch sie in Sicherheit zu bringen. Den Familiennachzug zu beschränken würde vor allem Frauen, Kinder und ältere schutzlos der Gewalt in ihrer Heimat ausliefern oder sie auf die gefährlichen Fluchtwege treiben. Für uns sind derartige Restriktionen daher inhuman.

Als Bremer Sozialdemokratie nehmen wir die Herausforderung an, das wachsende Bremen sozial gerecht zu gestalten. Wir wollen daher jetzt damit beginnen, die soziale Infrastruktur Bremens auf 600.000 Einwohnerinnen und Einwohner auszurichten! Das bedeutet nicht weniger als die Kapazitäten u. a. an Wohnraum, Schulen und KiTas eines Stadtteils von der Größe Huchtings neu zu schaffen.

Kommunales Wohnbauprogramm jetzt auflegen

Das Wohnbauförderprogramm des Senats wird nicht ausreichen, um ausreichende Wohnungsangebote für breite Bevölkerungsschichten und deren verschiedene Lebensphasen/Lebensbedarfe zu sorgen. Bereits jetzt benötigt Bremen 14.000 neue Wohnungen bis 2020, unsere Bürgerschaftsfraktion geht nun von weiteren 3.000 benötigten Wohneinheiten pro Jahr aus. Vor allem fehlen preiswerte Wohnungen. Das zeigt: Bremen braucht endlich und zügig ein eigenes kommunales Wohnungsbauprogramm!

Die SPD fordert, die Gewoba weiter zu stärken und mit dem erforderlichen Zugang zu günstigen Kreditmitteln auszustatten, um künftig auch stärker als Bauherr aufzutreten. Der Senat ist gefordert, bedarfsgerechte Ausbauziele vorzulegen und das historisch niedrige Zinsniveau zu diesem Zweck zu nutzen. In das kommunale Wohnungsprogramm wollen wir auch das Studentenwerk einbeziehen, um Studierenden wieder günstigen öffentlichen Wohnraum anbieten. Ziel ist, die Wohnheimversorgung von rund 6,5 Prozent auf den Bundesdurchschnitt von 10 Prozent zu heben und damit auch eine Entspannung auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt zu bewirken.

Wir werden vermeiden, dass Neubaumaßnahmen zu einem Verdrängungsprozess anderer Bevölkerungsteile führen. Auch für Familien mit dem Wunsch nach einem bezahlbaren eigenen Haus wollen wir auf bremischen Gebiet attraktive Angebote machen. Es ist für uns offensichtlich, dass es dazu der Ausweisung neuer Flächen bedarf. Dies halten wir angesichts der weit unterdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte Bremens im Großstadtvergleich für vertretbar. Wir appellieren an unseren Koalitionspartner, sich diesem Gestaltungsprozess nicht zu verschließen.

KiTa-Ausbau: aufholende Entwicklung verstärken

Frühkindliche Bildung ist insbesondere durch Sprachförderung ein Schlüssel zu gelungener Integration. Wir begrüßen die Vereinbarung, die Mittel des Betreuungsgeldes in den KiTa-Ausbau zu investieren. Dies ist angesichts der wachsenden Kinderzahlen nun

noch notwendiger geworden Mehr als jeder achte Flüchtling ist im KiTa-Alter. Allein in 2015 sind das rund 1.500 Kinder unter sechs Jahren, die in unserer Stadt ihre Bildungskarriere beginnen. Die Festlegung im Koalitionsvertrag, in jedem Stadtteil eine Versorgungsquote von 50 Prozent in der U3-Betreuung zu erreichen, um eine aufholende Entwicklung in den sozial schwächeren Stadtteilen zu schaffen, hat eine neue Dimension erhalten. Da viele der nach Bremen zuwandernden Menschen in die Stadtteile mit niedrigen Lebenshaltungskosten ziehen werden, muss diese Anstrengung noch einmal verstärkt werden. Dieser Herausforderung nimmt sich die SPD an. Sie ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Die Integrationsarbeit auch in Bremer KiTas wird durch den Bund z. B. mit dem Kita-Sprachprogramm „Frühe Chancen“ unterstützt. Wir fordern den Senat auf, sich gegenüber dem Bund für eine Aufstockung der relevanten Programme einzusetzen, damit neben dem quantitativen Ausbau auch die Qualität der Integrationsarbeit bei den Kleinsten für gute Startvoraussetzungen sorgen kann.

Flexible Bildungswege für individuelle Angebote

Vor ähnlichen wachsenden Bedarfen steht die Schulversorgung. Angesichts eines Anteils von 25 - 30 Prozent jungen Menschen an den Geflüchteten und den Zuwanderinnen und Zuwanderern aus den EU-Staaten sind die Kapazitäten unserer Schulen zu erweitern, insbesondere in den Stadtteilen mit bereits derzeit angespannter Versorgungslage. Wenn z. B. im Bremer Westen schon heute Schulplätze fehlen, die Allgemeine Berufsschule unter Raumnot in ungeahntem Ausmaß leidet und allerorten Standorte für Vorkurse gesucht werden, dann bedeutet das einen Bedarf an Schulbauten und keinen Verzicht. Betreffend den Prüfauftrag zum Campus Ohlenhof hat sich zwischen Juni diesen Jahres und heute die Arbeitsgrundlage für den Senat geändert. Bremen braucht den Ohlenhof. Wir begrüßen daher die positive Entscheidung der Bildungssenatorin zum Bau der Oberschule Ohlenhof, die sich u. a. den Realitäten an zunehmende Kinderzahlen durch Flüchtlinge anpasst.

Auch für junge geflüchtete Menschen über 18 Jahren brauchen wir schulische Angebote. Viele Flüchtlinge kommen mit abgebrochenen oder durch die Jahre der Flucht unterbrochenen Schulkarrieren zu uns. Sie müssen eine Chance haben, einen Schulabschluss zu vollenden, und das bedeutet auch, über das 18. Lebensjahr hinaus beschult zu werden. Wir fordern die Bürgerschaftsfraktion auf, die Schulpflicht wo nötig auf 21 Jahre auszuweiten und den Senat, die derzeitigen schulischen Angebote an ABS und berufsbildenden Schulen z.B. im Umfeld der Erwachsenenenschule um Angebote zu erweitern, die junge Erwachsene zu Schulabschlüssen hinführen.

Das bundesweit beachtete Programm „In Touch“ der Universität Bremen belegt den Beitrag, den unsere Hochschulen zur Integration leisten können. Dieses Potenzial wollen wir heben, um Geflüchteten mit Hochschulreife oder akademischer Ausbildung den zügigen Erwerb oder die Anerkennung akademischer Abschlüsse zu ermöglichen. Neben gleichem Zugang zum BAföG benötigen Asylsuchende dafür ein verstärktes Angebot an Sprachkursen im Hochschulbereich. Wir bitten den Senat, den (Wieder)-Aufbau eines Studienkollegs zu diesem Zweck zu prüfen. Wir wollen, dass alle Anstrengungen

unternommen werden, damit auch Bremen von der seitens des BMBF zugesagten Förderung von 2.400 Studienkollegplätzen zusätzlich zur Unterstützung geflüchteter Studierender profitiert.

Integration in den Arbeitsmarkt: Vorrang für Qualifizierung

Arbeit ist der Schlüssel zu Eigenständigkeit und sozialer Teilhabe. Wir stehen nun vor der Herausforderung, Asylsuchende und Geduldete vor Ort in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Für uns als SPD ist klar: Schnelligkeit ist wichtig, aber Nachhaltigkeit geht vor! Wir wollen prekäre Beschäftigung vermeiden und keine Talente ungenutzt lassen. Die Forderung der Bremer FDP nach Aussetzung des Mindestlohns ist eine durchschaubare List und mit uns nicht zu machen. Vorrang haben für uns nicht Billiglöhne, sondern Qualifizierungen und gute Arbeit!

Die Ausbildungsgarantie ist ein Meilenstein für Bremens Jugend, der jetzt an die künftig erhöhten Zahlen angepasst werden muss. Dabei müssen endlich auch die betrieblichen Plätze spürbar steigen. Die „Bremer Vereinbarung“ ist ein geeigneter Ort, um die zusätzlichen Bedarfe zu analysieren und Finanzierungsmodelle zu diskutieren, die alle Beteiligten – nicht nur den Staat, sondern auch die Betriebe – in die Verantwortung ziehen. Vom Bund erwarten wir, dass künftiger jeder Mensch, der eine Ausbildung absolviert, einen gesicherten Aufenthaltsstatus unabhängig von ihrer Bleibeperspektive erhält, damit keine Ausbildung mehr am Aufenthaltsrecht scheitert.

Ein entscheidender Schlüssel für die Integration in Arbeit und Gesellschaft liegt in der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Mit der landesseitigen Anerkennungsberatung haben wir bereits wichtige Strukturen geschaffen. Das Jobcenter und die Agentur für Arbeit sind nun verstärkt gefordert, Qualifikationen von Neuzugewanderten zügig zu erfassen. Sie müssen in die Lage versetzt werden, Weiterbildungsbedarfe im Profiling zielgenauer zu erkennen und berufsbezogene Bildungs- und Beschäftigungsangebote in Kombination mit Sprachförderung schnell zu ermöglichen. In der Trägerversammlung und im Beirat des Bremer Jobcenters wollen wir analysieren, welche Anforderungen sich daraus ergeben und die nötigen Weichen stellen. Dazu zählen insbesondere die Frage nach verstärkter Personalzuweisung durch den Bund sowie einem besseren Instrumentenkasten vor Ort, besonders im Bereich der Sprachförderung.

Die Finanzierung von Maßnahmen ist, wie die Aufnahme von Flüchtlingen insgesamt, auch eine europäische Verantwortung. Wir fordern von der EU eine deutliche Aufstockung der Arbeitsmarktmittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) und so einen angemessenen europäischen Beitrag zur sozialen Teilhabe von Geflüchteten zu leisten.

Wachsende soziale Infrastrukturen für die wachsende Stadt

Die genannten Bereiche sind keine abschließende Aufzählung. Sport, Kultur und Gesundheit sind prominente Beispiele für weitere Bereiche, die das Leben in der Stadt ausmachen und unsere Stadtgesellschaft zusammenhalten. Auch sie müssen mit den Bedarfen mitwachsen.

Vor dem Hintergrund aller genannten Bedarfe begrüßen wir, dass der Senat bereits die Erstellung einer Senatsstrategie „Wachsende Stadt“ angekündigt hat. Die hier genannten Punkte sehen wir dafür als notwendige Eckpunkte an. Mit ihnen wollen wir Bremen frühzeitig in eine gute Startposition versetzen, um das wachsende Bremen sozial gerecht zu gestalten.